

## Wende oder Ende

Um den Blauen Planeten am Leben zu halten, sind Veränderungen dringend nötig. Viel Zeit bleibt nicht.



**Astrid Sahl,  
Manfred Sapper,  
Volker Weichsel  
(Hrsg.):**

*April-Ausgabe  
von osteuropa:  
Tschernobyl:  
Vermächtnis und  
Verpflichtung.*  
Berlin: BWV 2006,  
272 Seiten,  
€ 15,00.

Matthias Corbach und Danyel Reiche | **Die Menschheit steht vor großen umweltpolitischen Herausforderungen. Gelingt es, gegen den Widerstand mächtiger Akteure eine effiziente Energiepolitik zu etablieren, die auf regenerative Energiequellen setzt? Vier Neuerscheinungen zeigen das Spektrum der Meinungen zwischen „Nie wieder“ und „Weiter so“.**

Mit den Worten „Nie wieder!“ beginnt das Vorwort der April-Ausgabe 2006 „Tschernobyl – Vermächtnis und Verpflichtung“ der Zeitschrift *osteuropa* zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in der Nacht vom 26. auf den 27. April 1986. Für die Bevölkerung der radioaktiv kontaminierten Regionen in Russland, Weißrussland und der Ukraine bedeutete die Parole „Nie Wieder!“ jedoch nicht nur die Verpflichtung zur Vermeidung eines weiteren derartigen Desasters, sondern auch ein absolutes Gebot für ihren Alltag: „Nie wieder diese Wiese betreten, nie wieder diesen Wald durchstreifen, nie wieder diesen Acker bestellen zu dürfen“ – auf einer Fläche von 150 000 km<sup>2</sup>, in der zum Zeitpunkt der Katastrophe über sieben Millionen Menschen ihr Zuhause hatten. Neben einem Rück-

blick auf das Ereignis und den Umgang mit den Auswirkungen des GAUs skizziert der Band die aktuelle Debatte über die weitere Nutzung der Atomenergie sowie mögliche energiepolitische Alternativen.

Wer sich etwa über den gegenwärtig diskutierten Ausbau der Kernenergie aus vermeintlichen Klimaschutzgründen interessiert, dem sind vor allem die beiden Artikel von Lutz Mez „Auslaufmodell? Die Zukunft der Atomenergie in der EU“ und Felix Christian Matthes „Atomenergie und Klimawandel – Eine Risikoabwägung“ zu empfehlen. Lutz Mez (FU Berlin) stellt die These einer vermeintlichen Renaissance der Atomkraft auf den Prüfstand, die gegenwärtig vor allem von Vertretern der Atomwirtschaft aufgestellt wird. Mez zufolge müssen die offiziellen Zahlen der Internatio-

nenalen Atomenergiebehörde (IAEA), nach denen sich weltweit 25 Kraftwerke „im Bau“ befinden (Stand: März 2006), relativiert werden. Denn allein neun der genannten Projekte haben diesen Status schon seit mindestens 19 Jahren. Auf die USA und Westeuropa entfiel 2005 nur ein einziges Bauvorhaben. Die Befürchtungen, eine Stilllegung von AKWs in Deutschland könnte mit importierter Atomenergie aus Osteuropa ausgeglichen werden, teilt Mez nicht. Ganz im Gegenteil sei aufgrund verschiedener ökonomischer wie sicherheitstechnischer Probleme in Osteuropa „eher mit einem Rückgang der Atomstromproduktion zu rechnen“.

Mit dem Argument, der Ausbau der Atomenergie stelle gleichsam eine Klimaschutzmaßnahme dar, setzt sich Felix Christian Matthes (Öko-Institut, Berlin) auseinander. Für einen solchen Ausbau, so Matthes, seien große Kraftwerkseinheiten in Verbindung mit zentralen Netzstrukturen nötig, was zu einer geringen Flexibilität der Stromerzeugung führe. Angesichts des notwendigen Ausbaus der erneuerbaren Energien, der mit einer höheren Flexibilität und Dezentralisierung bei der Erzeugung einhergehe, seien hier Konflikte unausweichlich. Für die Minderung des Treibhausgasausstoßes aber ist laut Matthes die Umwandlung der Energiewirtschaft hin zu einem dezentralen System, das einerseits auf einen Brennstoffwechsel, andererseits auf mehr Effizienz setzen müsse, unabdingbar. Zudem weise „keine andere Minderungsoption solche Risiken für Gesundheit, Ökosysteme, soziale und wirtschaftliche Systeme auf, wie sie für die Atomenergie unterstellt werden müssen“.

Themen wie Ressourcenproduktivität und Energiepolitik stehen auch im Fokus der aktuellen Ausgabe des „Jahrbuch Ökologie“. In ihrem Beitrag „Das Stichwort der Zukunft: Ressourcenproduktivität“ beschäftigen sich Christa Liedtke und Claudia Kaiser mit dem Problem des steigenden Rohstoffbedarfs bei gleichzeitiger Begrenztheit der Ressourcen und ungleicher Verteilung. So stellen die Industrieländer einen Anteil von 20 Prozent an der Weltbevölkerung, verbrauchen allerdings 80 Prozent der global genutzten Ressourcen. Plädiert wird von den beiden Autorinnen für „eine breit akzeptierte Ressourcethik, die maßvollen und nicht Massenkonsum begründet“.

Wie bereits heute die Umstellung ganzer Dörfer auf regenerative Energiequellen möglich ist, erläutert Peter Schmuck am Beispiel von Jühnde in Niedersachsen. Dieses Bioenergie-dorf wird mit Biomasse in kombinierter Strom- und Wärmeproduktion (KWK) versorgt. Neben der Einspeisung der Elektrizität in das Stromnetz wird die produzierte Wärme in ein Nahwärmenetz geleitet, an das rund 70 Prozent aller Haushalte angeschlossen sind.

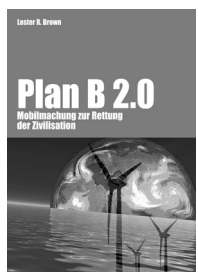
Eine breite Diskussion über anstehende energiepolitische Entscheidungen zu befördern, ist laut Vorwort das Ziel des von Jürgen Petermann herausgegebenen und vom Energiekonzern RWE gesponserten Buches „Sichere Energie im 21. Jahrhundert“. Der Band versammelt insgesamt 39 Artikel von Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten und Lobbyisten, die unterschiedliche energiepolitische Standpunkte vertreten. Dass die bislang eher restriktive Rolle der Ener-



**Günter Altner, Heike Leitschuh-Fecht, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis (Hrsg.):** *Jahrbuch Ökologie 2007*. München: Beck'sche Reihe 2006, 288 Seiten, € 14,90.



**Jürgen Petermann (Hrsg.):**  
*Sichere Energie im 21. Jahrhundert.*  
 Hamburg: Hoffmann und Campe 2006,  
 408 Seiten,  
 € 25,00.



**Lester R. Brown:**  
*Plan B 2.0 – Mobilmachung zur Rettung der Zivilisation.*  
 Berlin: Kai Homilius Verlag 2007,  
 384 Seiten,  
 € 19,90.

giewirtschaft für den notwendigen ökologischen Wandel weitgehend ausgeklammert wird, überrascht angesichts der Unterstützung von RWE nicht – von allen Energieversorgern der größte Kohlendioxid-Emittent der EU<sup>1</sup>. Nur Gerd Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe macht das in seinem Beitrag „Die Fronten im Energietreit – Trägheit der Systeme“ in wenigen Sätzen zum Thema, und der Text „Feldzug gegen die Verschwendung“ von Matthias Urbach (*taz*) streift kurz die Rolle der Energieversorgungsunternehmen bei der Ausgestaltung des Emissionshandels.

Zwar gehen die Autoren ausführlich auf klimatische Veränderungen durch verstärkten Treibhausgasausstoß ein. Verantwortlich hierfür sind laut Jürgen Petermann „die Bewohner der westlichen Welt“ (S. 15). Konkrete Analysen zu den energiepolitischen Verantwortlichkeiten bleiben aus. Aber wer könnte denn zuständig sein für den Betrieb veralteter Braunkohlekraftwerke und AKWs? Wer bezuschusst energieverschwenderische Nachtspeicherheizungen mit besonders günstigen Stromtarifen? Wer setzt auch bei Neuinvestitionen vor allem auf den besonders CO<sub>2</sub>-haltigen Energieträger Kohle? Die Antwort lautet: zum Beispiel RWE – der Sponsor dieses Buches. Das soll nicht bedeuten, dass die Autorengruppe mit Kohlelobbyisten nur so gespickt wäre. Der Großteil der Beiträge ist fachlich über jeden Zweifel erhaben, und auch stärker ökologisch orientierte Autoren fehlen nicht. Ins Auge fällt dann aber etwa ein Beitrag von Wolfgang

Reichel, bis vor wenigen Monaten noch Vorstandsmitglied des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt). Der Verband besteht im Wesentlichen aus dem Mischkonzern RAG – Anteilseigner mit knapp über 30 Prozent: RWE. Von Reichel stammt der Artikel „Kohle auch in Zukunft unverzichtbar“, in dem er diesen Energieträger völlig undifferenziert lobt. Unter anderem preist er „aus Umweltsicht“ die „spezifischen Stärken“ der Kohle gegenüber den Regenerativen (S. 158) – die landschaftszerstörerische Realität des Braunkohletagebaus sieht anders aus.

Ist Wolfgang Reichel dem „business as usual“ verpflichtet, so ist es das erklärte Ziel des renommierten US-Ökologen Lester R. Brown, diesen – wie er es nennt – „Plan A“ durch eine neue Strategie abzulösen. „Plan B 2.0 – Mobilmachung zur Rettung der Zivilisation“ lautet der deutsche Titel von Browns im Vorjahr auf Englisch erschienenen Plädoyer. Kernstück von Browns „ökologischer Revolution“ ist eine Reform der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im ökologischen Sinne. Zur „Rettung der Zivilisation“ schweben Brown eine Art ökologische Steuerreform, der Abbau von Subventionen für ökologisch schädliche Produkte, ein Engagement der Verbraucher anhand von Ökosiegeln oder auch ordnungspolitische Instrumente wie Verbote vor.

Allerdings sind doch erhebliche Zweifel an der Praktikabilität seiner Vorstellungen angebracht. So endet das Buch mit einem Aufruf, für entsprechende umweltpolitische Refor-

<sup>1</sup> Danyel Reiche: *Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterpolitik*, Frankfurt am Main 2004, S. 97.

men an die Politik zu appellieren. Appelle jedoch, das zeigt die Praxis, sind in der Regel ungeeignet, um umfassende politische Veränderungen herbeizuführen. Bei den Akteuren, die durchaus gut daran verdienen, Umweltzerstörung, Klimawandel oder Hungersnöte zumindest billigend in Kauf zu nehmen, handelt es sich in der Regel um transnationale Konzerne. Sie verfügen über Konfliktfähigkeit, sind also in der Lage, Gesellschaften oder Staaten wichtige Ressourcen, etwa Investitionen und Arbeitsplätze, zu entziehen.<sup>2</sup> Sie können Finanzmärkte destabilisieren oder Medienkampagnen für ihre Interessen starten. Hinzu kommt eine oftmals enge Verflechtung mit der Politik. So mancher der Politiker, an die Brown appellieren will, arbeitet im Laufe seiner Karriere für einen Konzern, sitzt im Aufsichts- oder Beirat eines Konzerns oder erhält Parteispenden. Der politi-

sche Prozess spielt sich mittlerweile nur noch teilweise im offiziellen Rahmen ab. Er wird immer mehr durch eine so genannte „Verhandlungsdemokratie“ abgelöst, in der Spitzenbeamte und Politiker mit wenigen demokratisch nicht legitimierten Akteuren wie großen Konzernen wichtige Vorabsprachen treffen – wenn nicht sogar die eigentlichen Entscheidungen fällen.<sup>3</sup> So bleibt das Problem, die vielen Ideen zu umwelt- wie energiepolitischen Reformen auch umzusetzen, ungelöst. Immerhin können wir uns auf eines mit Sicherheit verlassen: auf weitere Bücher zu diesem Thema.

Prof. Danyel Reiche ist Visiting Assistant Professor for Energy and International Affairs an der Georgetown University, Washington DC.

Matthias Corbach ist Doktorand an der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin.

## Mehr Ökologie wagen

Wie Al Gore den Klimawandel stoppen will

Reinhard Loske | **Mutmacher: Der ehemalige US-Vizepräsident ruft erneut zum Umdenken in der Klimapolitik auf. Die Zeichen, dass er diesmal gehört wird, stehen nicht schlecht.**

14 Jahre nach der Veröffentlichung seines Bestsellers „Earth in the Balance“ (deutsch: „Wege zum Gleichgewicht“) hat Al Gore wieder ein Buch zur ökologischen Krise vorgelegt: „Eine unbequeme Wahrheit“ (im Original „An Inconvenient Truth“). Das neue Werk unterscheidet sich jedoch gewaltig von dem des Jahres 1992, als

Gore an der Seite von Bill Clinton ins Weiße Haus gewählt wurde. Ging es seinerzeit auf 400 eng bedruckten Seiten eher intellektuell zu, so jagt die Lektüre der „unbequemen Wahrheit“ den Lesern zunächst einen Schrecken ein: Mit Hilfe von Fotos, Satellitenaufnahmen, Projektionen, Graphiken, Tabellen und wissenschaftlichen



**Al Gore:**  
*Eine unbequeme Wahrheit. Die drohende Klimakatastrophe und was wir dagegen tun können.*  
München: Riemann  
2006, 328 Seiten,  
€ 19,95

<sup>2</sup> Rolf G. Heinze: *Verbandepolitik und „Neokorporatismus“*, Opladen 1981, S. 44.

<sup>3</sup> Dieter Grimm: Lässt sich die Verhandlungsdemokratie konstitutionalisieren?, in: Claus Offe (Hrsg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt am Main 2003, S. 193–210.

Kronzeugen zeigt der Autor ein ums andere Mal, wie die Menschheit derzeit dabei ist, dem Planeten Erde im wahrsten Sinne des Wortes einzuheizten und so ihre eigene Lebensgrundlage zu ruinieren.

Gore demonstriert, mit welcher rasanter Geschwindigkeit die Gletscher der Anden, der Rocky Mountains, des Himalaya, der Alpen oder des Kilimandscharo schwinden und mit welchen drastischen Folgen für die großen Flüsse und die menschliche Wasserversorgung zu rechnen ist. Akribisch dokumentiert er die Wirbelstürme im Golf von Mexiko, zeichnet die Spur ihrer Verwüstungen nach und rechnet die explodierenden Folgekosten der nunmehr im Jahresrhythmus auftretenden „Jahrhundertstürme“ vor. Auch auf Afrika, den „vergessenen Kontinent“, wird der Blick gerichtet. Anders als in weiten Teilen Europas, Nordamerikas und Südasiens ist hier nicht mit einer Zunahme an Niederschlägen durch den Klimawandel zu rechnen, sondern mit einem weiteren Rückgang, also einer Ausbreitung der Wüsten, dem Schrumpfen von Süßwasserreservoirs und mit armutsbedingten Völkerwanderungen.

Bei der Suche nach den Schuldigen dafür, dass es trotz der erdrückenden Belege für den Klimawandel mit der Bekämpfung des Problems national wie international nicht recht vorangeht, nennt Gore in erster Linie die gegenwärtige US-Regierung. Die Bush-Administration habe sich faktisch zum Handlanger einiger Öl-, Kohle- und Stromkonzerne gemacht und den Irrglauben verbreitet, Klimaschutz und ökonomische Prosperität schlossen einander aus. Auch den Medien stellt Gore kein gutes Zeugnis aus. Er

beklagt ihre zunehmende Beliebtheit und zitiert eine vielsagende Studie: Von 928 Artikeln zum Klimathema in hochrangigen wissenschaftlichen Zeitschriften habe kein einziger die Existenz des menschengemachten Treibhauseffekts in Zweifel gezogen, von 636 Artikeln in den wichtigsten US-Zeitungen hingegen hätten 53 Prozent den Klimawandel bezweifelt. So sei in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, es sei keineswegs sicher, ob der Mensch durch sein Handeln das Klima beeinflussen könne.

Bei aller Kritik an der gegenwärtigen US-Regierung bleibt Gore Patriot. Wohl wird das Kyoto-Protokoll als Beitrag zur internationalen Kooperation gewürdigt, doch als Motor des Klimaschutzes sieht Gore nicht die Staatengemeinschaft, sondern die USA. Sein Credo: „Wir haben eine neue Nation gegründet, die auf Freiheit und individueller Würde fußt. Wir haben moralisch entschieden, dass Sklaverei etwas Böses ist und sie abgeschafft. Wir haben das Frauenwahlrecht eingeführt, den Faschismus im Atlantik und im Pazifik zugleich niedergeschlagen, gefährliche Seuchen besiegt, die Bürgerrechte für alle durchgesetzt und sind auf dem Mond gelandet. Jetzt ist es an der Zeit, den Klimawandel entschieden zu bekämpfen. Die Mittel dazu haben wir!“

Gore will Mut machen. Dabei setzt er seine Hoffnung weniger auf die Regierung in Washington, sondern auf amerikanische Gemeinden, Bundesstaaten und Unternehmen. Er lobt Technologieunternehmen wie General Electric, empfiehlt den Emissionshandel der nordöstlichen Bundesstaaten als geeignetes Instrument, um den Marktkapitalismus für Zwecke des



Klimaschutzes zu nutzen, und listet die vielen US-Städte und -Gemeinden auf, die freiwillig das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben. Im Schlusskapitel des Buches führt er eine Fülle von Maßnahmen auf, die jeder einzelne ergreifen kann, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Al Gore hat mit seinem Buch und dem gleichnamigen Kinofilm in den USA einen Nerv getroffen, denn er steht keineswegs allein. Schon spricht das *Newsweek-Magazin* von „America’s Newest Eco-Craze“, und

Republikaner wie Kaliforniens Senator Schwarzenegger sind nicht mehr gewillt, die klimapolitische Ignoranz der Bush-Administration mitzutragen. Wenn Amerika sich entscheiden sollte, mit dem Klimaschutz ernst zu machen, wäre Europa am Zug. Denn dann gäbe es keinen Grund mehr, sich hinter dem Nichtstun der USA zu verstecken.

Dr. Reinhard Loske, MdB. Siehe auch seinen Beitrag „Zur Sonne!“, S. 54–57.

## Tod in den Trümmern

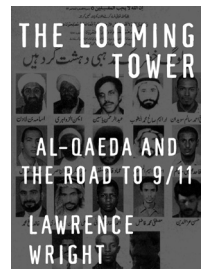
Der Terrorkampf aus Sicht seiner Protagonisten

Thomas Rid | **Fünf Jahre hat der US-Publizist Lawrence Wright für sein Standardwerk über Al-Qaida recherchiert und dabei nicht weniger als 500 Interviews geführt. Das Ergebnis liest sich packend wie ein Roman und fundiert wie ein Forschungsbericht.**

Von allen Büchern, die in den vergangenen Jahren zur Geschichte des islamistischen Terrorismus erschienen sind, ist „The Looming Tower“ eines der beeindruckendsten. Der *Economist*, die *New York Times* und die *Washington Post* setzten es auf die Liste der zehn besten Bücher des Jahres 2006, Romane eingeschlossen. Mit Recht. Das Buch hat die Kraft und Intimität eines packenden Romans und die historische Tiefe eines Forschungsberichts. Wright ist weit gereist, er hat rund 500 Interviews mit Beteiligten und Angehörigen geführt – von Bin Ladens bestem Schulfreund über saudische Geheimdienstmitarbeiter bis hin zu Richard

Clarke, dem ehemaligen Antiterror-Experten des Weißen Hauses.

In den Mittelpunkt seiner Darstellung hat Wright Porträts der wichtigsten Protagonisten gestellt. Den Anfang macht Said Qutb, der intellektuelle Gründungsvater des heutigen Islamismus. Qutb kommt 1946 als Gaststudent nach Colorado, in das Provinzstädtchen Greenley. Der Campus dort ist liberal, der Frauenanteil hoch. Zu hoch für Qutb. „Ein Mädchen schaut dich an, wie eine liebreizende Nymphe oder eine entflozene Meerjungfrau“, schreibt er, offensichtlich stark verunsichert. „Aber wie sie sich dir nähert, spürst du den schreienden Instinkt in ihr, und du



**Lawrence Wright:**  
*The Looming Tower. Al-Qaeda and the Road to 9/11.*  
New York: Alfred A. Knopf 2006, 480 Seiten, 23,43 \$.

kannst den brennenden Körper riechen, nicht den Duft von Parfüm, nur Fleisch. Schmackhaftes Fleisch, wahrlich, aber dennoch Fleisch.“ Die USA erscheinen Qutb als rassistisch und dekadent. Nach zwei Jahren kehrt er radikalisiert nach Ägypten zurück. Er wird gefoltert, 1966 zum Tode verurteilt, gehängt. Qutb schreibt mehrere Bücher, in denen er die Ideologie der 1928 vom ägyptischen Volksschullehrer Hassan al-Banna gegründeten Muslimbruderschaft intellektuell unterfüttert.

Sein Landsmann Ayman al-Zawahiri liest Qutb bereits früh, schließt sich der Muslimbruderschaft an und gründet eine gegen die ägyptische Regierung gerichtete Terrororganisation, Al-Dschihad. Wie sein Idol wird er eingesperrt und grausam gefoltert. In den achtziger Jahren lernt Al-Zawahiri Osama Bin Laden kennen, in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar, wo beide den Dschihad gegen den Kommunismus unterstützen. Der Mediziner will biologische und chemische Waffen einsetzen, führt das Selbstmordattentat als Taktik ein, vereint Al-Dschihad mit Al-Qaida.

Osama Bin Ladens Geschichte schließlich ist aufs engste mit jener Saudi-Arabiens verknüpft, wie Wright zeigt. Bin Ladens Vater, Mohamed, ist der wichtigste Bauunternehmer des Landes, hat engste Beziehungen zum Hause Saud, renoviert selbst die Große Moschee. Angewidert von amerikanischen Truppen auf heiligem Boden nach 1991, stellt sich Bin Laden gegen seine eigene Regierung, emigriert, agitiert, rebelliert.

Exzellente ist auch Wrights Porträt John O’Neills, der als Chef des FBI-Büros in New York bis Mitte 2001 auf Al-Qaida geradezu fixiert war, schließlich resignierte und Sicherheitschef im World Trade Center wurde. Seine gescheiterte Geheimdienstkarriere und sein Tod in den einstürzenden Türmen erscheinen bei Wright als Metapher für das Versagen der amerikanischen Geheimdienste. Mit dem Anschlag auf das World Trade Center, argumentiert Wright, habe Bin Laden das gleiche Ziel verfolgt wie mit den Angriffen auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 und dem Anschlag auf das amerikanische Kriegsschiff USS Cole im Jemen im Oktober 2000: Bin Laden wollte die USA „in die gleiche Falle locken, in die bereits die Sowjets getappt waren: Afghanistan“.

Eine der Stärken des Buches ist gleichzeitig seine größte Schwäche: der unmittelbare Erzählstil. Der Leser ist „dicht dran“, er ist wie bei Simenons Maigret gleichsam dem Täter direkt auf der Spur. Die Quellenlage rechtfertigt diesen Eindruck jedoch nicht; selbst Geheimdienste wissen nur wenig über Bin Laden. Das schmälert den hervorragenden Gesamteindruck eines Werkes jedoch nur geringfügig, dessen größte Leistung es ist, dem Leser die Selbstwahrnehmung von Al-Qaidas Führungsspitze nahe zu bringen.

Dr. Thomas Rid ist Tapir-Fellow am Institut français des relations internationales (ifri) in Paris, bei der Johns Hopkins University (SAIS) und bei der Rand Corporation in Washington, DC.

# Mysterium Leadership

Wege aus der europäischen Führungskrise

Jan Techau | **Gefürchtet, geschmäht und doch gebraucht: politische Führung und ihre Rolle im Projekt Europa.**

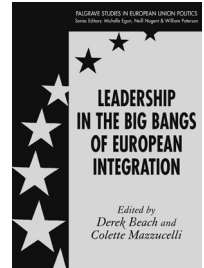
Leadership ist ein Begriff, der sich nicht nur einer präzisen Übersetzung ins Deutsche verweigert, sondern auch in der Politischen Wissenschaft zu den schwer fassbaren Phänomenen gehört. Zu persönlich, zu subjektiv, zu alchemistisch erscheint Leadership, als dass es als Instrument der Analyse taugte, und ein wenig anrühlich und gefährlich obendrein. Die Relevanz von Leadership hingegen wird kaum noch bestritten, und so ist eine verdienstvolle Unternehmung der Politikwissenschaftler Derek Beach und Colette Mazzucelli, Leadership als eine treibende Kraft politischer Gestaltung in einen kreativen Analyseansatz integriert zu haben und ihn nun dem Praxistest zu unterziehen.

Als Analysefeld dient den Herausgebern und ihren Autoren die europäische Integration. Wie wichtig waren Elemente politischer Führung bei den großen Durchbrüchen des europäischen Projekts? Welche Akteure haben Leadership ausgeübt und warum? Welche Rolle kommt den Institutionen, welche den Mitgliedstaaten zu? Wodurch werden Akteure in die Lage versetzt, die „Leader“-Rolle zu übernehmen? Was folgt daraus für die weitere Entwicklung der Europäischen Union in einer Zeit, in der sie in der Führungskrise steckt und ihre Zukunft völlig unsicher erscheint?

Die Autoren zeigen auf, dass Leadership individuelle charakterliche

Aspekte aufweist, darüber hinaus aber auf strukturellen Grundlagen basiert, die weit über die Amtszeiten einzelner Staatslenker hinaus Bedeutung haben. So ist in einer immer komplexer werdenden Verhandlungslage in der EU die Rolle der Ratspräsidentschaft stetig bedeutsamer geworden. Heute gehört sie trotz ihres rotierenden Charakters zu den Institutionen mit der effektivsten Ausübung von Leadership. Die schwindende Bedeutung der deutsch-französischen Achse wird nicht allein dem relativen Bedeutungsverlust der beiden großen Staaten in einer gewachsenen EU zugeschrieben, sondern vor allem der „disfunktionalen Beziehung“ beider Staaten zueinander, die ihre traditionelle Fähigkeit zur Bildung eines „Korridors“ für mehrheitsfähige Kompromisse beeinträchtigt. Und auch auf die bisweilen überproportionale Bedeutung kleiner Staaten sowie die Sonderrolle Großbritanniens wird im Lichte des Analyseansatzes ausführlich eingegangen. Neben einem innovativen Beitrag zur theoretischen Analyse liefert der Band eine hervorragende Zusammenschau der „Big Bangs“ der europäischen Integration und fördert das historische und politische Verständnis von Europa.

Jan Techau ist Resident Fellow der DGAP und leitet das Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen.



**Derek Beach und Colette Mazzucelli (Hrsg.):** *Leadership in the Big Bangs of European Integration.* Hampshire: Palgrave Macmillan 2006, 304 Seiten, 55,00 £.